

Universitaris per la convivència – Universitätsmitglieder für Koexistenz

Die Unterzeichnenden, Dozenten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und unterschiedlicher ideologischer Sensibilitäten, die sich um die offenkundige parteiische Instrumentalisierung unserer Universitäten sorgen, sehen uns gezwungen darüber zu sprechen, wie sich diese Situation auf unsere Pflichten als Fachleute und unsere Rechte als Menschen auswirkt, insbesondere auf unser Recht auf ideologische Freiheit.

Im Laufe des Jahres 2017 haben viele Leitungsgremien katalanischer Universitäten Erklärungen veröffentlicht, die eindeutig mit der politischen Macht der Generalitat abgestimmt sind. Ebenso erhalten Professoren, Studenten, Verwaltungs- und Service-mitarbeiter massiv Mails sowohl von unabhängigen Gewerkschaften, als auch von den Regierungsteams ihrer Universitäten, die uns zum Beispiel dazu ermuntern, die so genannte "aturada de país" vom 3. Oktober 2017 zu unterstützen. Sie informierten uns einfach darüber, dass die akademische Tätigkeit an diesem Tag unterbrochen wird, ohne uns die Möglichkeit zu lassen, nicht an dem, soweit wir uns erinnern, einzigen politischen Streik teilzunehmen, der von der Macht vorangetrieben wurde.

Wir haben gesehen, wie sich an offiziellen Gebäuden mehrerer Universitätscampus unter institutionellem Schutz Graffiti und andere Symbole der Unabhängigkeitsbewegung, sowie manchmal solche mit einem ausschliessendem Charakter, vermehrten, während einige Gruppen von die Konstitution verteidigenden Studenten Drohungen und Aggressionen ausgesetzt waren, ohne irgendeine Art von Unterstützung seitens der akademische Behörden zu erhalten. Es wurde sogar —angeblich aus Sicherheitsgründen— eine Kulturveranstaltung über Cervantes abgesagt, die von radikalen Unabhängigkeitsgruppen gewaltsam boykottiert wurde.

Die Verantwortung der Mitglieder der Leitungsgremien der katalanischen Universitäten muss hervorgehoben werden. Die Mitglieder der akademischen Senate, der Räte und Regierungsteams wurden gewählt, um ihre Aufgabe ausschließlich und in bester Weise als Leitung einer Institution zu erfüllen, die vor allem der Lehre, der Forschung und dem Wissenstransfer Priorität einräumen muss, und das in einer Umgebung von Freiheit und absolutem Respekt für die Vielfalt. Wie die gesamte öffentliche Verwaltung muss die Universität neutral sein und die ideologische Freiheit aller ihrer Mitglieder garantieren, ein Grundrecht, das in der Charta Magna der Menschenrechte der Europäischen Union, der spanischen Verfassung und den Autonomiesatzungen Kataloniens uneingeschränkt anerkannt wird.

Die parteiischen Aussagen einer Bildungsverwaltung können sich in keiner Weise auf die Meinungsfreiheit berufen, die ein ausschließlich individuelles Recht ist. Im Gegenteil, sie stellen eine inakzeptable Instrumentalisierung der Institutionen dar, die dazu beiträgt, die Spirale des Schweigens, unter der wir leiden, zu verstärken und so in der Öffentlichkeit ein Gefühl der Einstimmigkeit zu erzeugen, das den freien Austausch von Ideen einschränkt. Unnötig zu sagen ist, dass der Einsatz jeglicher Form von Gewalt, wie sie oben beschrieben wurde, mit einem demokratischen Kontext unvereinbar ist und immer eindeutig verurteilt werden muss.

Aus diesem Grund ersuchen wir die leitenden Organe unserer Universitäten, sowie das Sekretariat für Universitäten der Abteilung für Unternehmen und Kenntnisse der Generalitat von Katalonien:

1.- **Das Prinzip der Neutralität der öffentlichen Verwaltungen und das Grundrecht auf die ideologische Freiheit von Professoren, Studenten, Verwaltungs- und Dienstpersonal zu respektieren**, und auf die Förderung oder Kommunikation von parteiischen Mitteilungen zu verzichten, sowie die Durchsetzung ideologischer Symbole in Universitätseinrichtungen mit ausschliessendem Charakter nicht zu erlauben.

2.- **Die Meinungsfreiheit aller Mitglieder der Universitätsgemeinschaft auf dem Campus zu garantieren und zu fördern, indem sie den Grundsatz der Gleichheit ohne Diskriminierung respektieren** und jede Handlung radikal ablehnen, die Menschen oder Gruppen aufgrund ihrer Ideen herabsetzt.

3.- **Die notwendigen Maßnahmen zu verabschieden, um das Personal der Universität dafür zu sensibilisieren, dass die verschiedenen politischen Befindlichkeiten stets respektiert werden müssen**, insbesondere diejenigen von Studenten, die aus offensichtlichen Gründen benachteiligt sind, um ihre Diskrepanz aufzuzeigen.

Wir sind der Meinung, dass diese Forderungen notwendig sind, um einerseits unsere Lehr- und Forschungsarbeit in voller Freiheit ausüben zu können, und andererseits, damit unsere Universitäten einen rationalen Gedankenaustausch fördern, der zur Artikulation einer vielfältigen und pluralen öffentlichen Meinung beiträgt, beides wesentlich für eine echte demokratische Koexistenz.

Barcelona, den 3 Oktober 2018